

Der djb gratuliert

Marie Luise Graf-Schlicker

zur Auszeichnung mit dem Ehrenzeichen der Deutschen Anwaltschaft und zum 70. Geburtstag. Geboren 1952 in Emsbüren, Studium der Rechtswissenschaft von 1971 bis 1976 in Münster. Aufnahme ihrer beruflichen Laufbahn als Richterin beim Landgericht Essen mit zahlreichen Aufgaben im Zivil- und Strafrecht. 1989 wechselte sie als Referatsleiterin für Familien-, Betreuungs-, Erbschafts- und Staatsangehörigkeitsrecht in das Justizministerium des Landes Nordrhein-Westfalen. Zwischenzeitlich als Richterin am Oberlandesgericht Hamm und anschließend als Ministerialrätin tätig, übernahm sie 1994 im Justizministerium Nordrhein-Westfalen das Referat für Handels- und Wirtschaftsrecht und die Leitung der Projektgruppe zur Umsetzung der Insolvenzrechtsreform. Von 1999–2002 leitete *Graf-Schlicker* den gesamten zivilrechtlichen Bereich. Sie wirkte u.a. an umfassenden Reformen zur Zivilprozessordnung und zum Schuldrecht mit. 2002 wurde sie zur Präsidentin des Landgerichts Bochum ernannt. Neben ihren Verwaltungsaufgaben saß sie einer Zivilkammer vor, die mit Berufungssachen und insolvenzrechtlichen Beschwerden befasst war.

Von 2007–2018 leitete sie im Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz in Berlin die Abteilung Rechtspflege, die für alle Prozessordnungen, das Berufsrecht der Rechtsanwält*innen, Notar*innen, Richter*innen und Rechtspfleger*innen sowie das Kostenrecht und das Insolvenzrecht zuständig ist. Außerdem hat sie in ihrer Zeit als Abteilungsleiterin das „Rosenburg-Projekt“ begleitet, in dem wissenschaftlich die Frage untersucht wurde, welche personellen und institutionellen Kontinuitäten aus der NS-Zeit es nach 1949 im Bundesministerium der Justiz gab. *Graf-Schlicker* ist Autorin und Herausgeberin eines Kommentars zum Insolvenzrecht. In diesem Fachgebiet hat sie daneben weitere Bücher und zahlreiche Zeitschriftenbeiträge publiziert. Darüber hinaus veröffentlicht sie Beiträge zur Nutzung moderner Software in der Justiz, zur Zivilprozessordnung, zur außergerichtlichen Streitschlichtung und zur Mediation. *Marie Luise Graf-Schlicker* war zudem Lehrbeauftragte an der Ruhr-Universität Bochum.

djb-Mitglied ist *Graf-Schlicker* seit 2008.

Sabine Kräuter-Stockton



▲ Foto: Iris Maria Maurer

zum 65. Geburtstag. Geboren 1957 in Saarbrücken, Studium der Rechtswissenschaft von 1979 bis 1988 in Saarbrücken. Seit 1993 steht sie im saarländischen Justizdienst, war Richterin am Landgericht und Referentin im Justizministerium. Heute ist sie Oberstaatsanwältin und Leiterin einer allgemeinen Abteilung der Staatsanwaltschaft Saarbrücken, nachdem sie dort

zuvor viele Jahre lang Fälle häuslicher und sexualisierter Gewalt bearbeitet hat. Auch im djb ist sie als Mitglied der Strafrechtskommission regelmäßig mit der Thematik Gewalt gegen Frauen befasst. Viele Jahre hat sie sich bis zur Gesetzesänderung 2016 bundesweit in Vorträgen, Diskussionen und Interviews für eine Änderung des Sexualstrafrechts eingesetzt. Seit September 2018 ist sie gewähltes Mitglied der Expert*innengruppe GREVIO des Europarats, die sich mit der Umsetzung der Istanbul-Konvention in den Mitgliedsstaaten befasst. Für ihren Einsatz für Frauenrechte und ihren Kampf gegen Gewalt gegen Frauen wurde sie 2019 mit dem Bundesverdienstkreuz am Bande ausgezeichnet.

Im djb ist *Kräuter-Stockton* Mitglied seit 2002, 2003–2009 war sie Mitglied der Kommission Gewalt gegen Frauen und Kinder, seit 2009 dann Mitglied der Kommission Strafrecht. Sie war zehn Jahre lang (2004–2014) die Vorsitzende des Landesverbands Saarland und von dort auch die Delegierte im Regionalgruppenbeirat. 2011–2017 war sie Mitglied der Fachgruppe Straftaten gegen Ältere, 2011–2015 deren Vorsitzende.

Ramona Pisal

zum 65. Geburtstag. Geboren 1957 im Rheinland, studierte *Ramona Pisal* Rechtswissenschaften in Gießen und Köln. Als studentische Hilfskraft war sie am Institut für Versicherungsrecht der Universität zu Köln tätig. Nach Referendariat und Zweitem Staatsexamen arbeitete sie für knapp ein Jahr in Köln als Rechtsanwältin mit Schwerpunkt im Versicherungsrecht, ehe sie 1991 in den richterlichen Dienst des Landes Nordrhein-Westfalen eintrat und zunächst am Landgericht Mönchengladbach in Zivil- und Strafverfahren eingesetzt wurde. 1994 zur Richterin auf Lebenszeit bei dem Amtsgericht Mönchengladbach ernannt, ließ sie sich bald an das Amtsgericht Potsdam abordnen. An den Amtsgerichten bearbeitete sie Zivil-, Straf- und Bußgeldverfahren sowie Jugendrichter- und Jugendschöffensachen. 1996 erfolgte ihre Abordnung an das Brandenburgische Oberlandesgericht in Brandenburg an der Havel, 1997 wurde sie zur Richterin am Oberlandesgericht ernannt und damit in den Justizdienst des Landes Brandenburg versetzt. Nach insgesamt fünf Jahren in einem Zivilsenat mit dem Schwerpunkt Bausachen und nachfolgender Tätigkeit in einem Strafsenat erfolgte 2006 ihre Ernennung zur Vorsitzenden Richterin am Oberlandesgericht. Für die folgenden zehn Jahre saß sie einem Strafsenat vor. Neben der richterlichen Tätigkeit hatte *Ramona Pisal* neun Jahre die Funktion der Pressesprecherin des Brandenburgischen Oberlandesgerichts inne, war seit 2002 die dortige Gleichstellungsbeauftragte und mit Inkrafttreten dieses Gesetzes Beschwerdestelle nach dem AGG. 2016 wurde sie zur Präsidentin des Landgerichts Cottbus ernannt. Sie war damit die erste Frau im Amt einer Landgerichtspräsidentin im Land Brandenburg. Seit 2020 ist sie Präsidentin des Landgerichts Potsdam.

Im djb leitete *Ramona Pisal* von 2006–2011 als Vorsitzende den Landesverband Brandenburg, von 2007–2011 war sie Vizepräsidentin und von 2011–2017 Präsidentin des djb. Zu den großen rechtspolitischen Erfolgen ihrer Amtszeit zählt das Gesetz für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst (FüPoG), das die gesetzliche Quote von 30 Prozent für die Aufsichtsräte der börsennotierten und gleichzeitig voll mitbestimmten Unternehmen im Jahr 2015 implementierte, maßgeblich befördert von dem durch das BMFSFJ geförderte djb-Projekt „Aktionärinnen fordern Gleichberechtigung“. Im Bündnis „Nein heißt Nein“ erzielte sie mit dem djb einen Paradigmenwechsel im Strafrecht: Seit Juli 2016 sind sexuelle Handlungen gegen den erkennbaren Willen einer Person strafbar.

2018 verlieh ihr in Auszeichnung ihres gleichstellungspolitischen Engagements Bundespräsident Dr. *Frank-Walter Steinmeier* den Verdienstorden der Bundesrepublik Deutschland, den ihr *Franziska Giffey*, zu dem Zeitpunkt Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, aushändigte.

Dagmar Freudenberg

zum 70. Geburtstag. Geboren 1952 in Emmern (heute Emmerthal), studierte Rechtswissenschaften in Göttingen. Nach Referendariat und Zweitem Examen arbeitete sie ab 1978 als Richterin und von 1980–2011 als Staatsanwältin in Göttingen. Ihre thematischen Schwerpunkte waren das Jugendstrafrecht, Sexualstrafrecht und häusliche Gewalt. Ab 2009 war sie im Niedersächsischen Justizministerium tätig. Dort war sie Referentin für häusliche Gewalt und Stalking, baute sowohl die psychosoziale Prozessbegleitung für Niedersachsen als auch 2013–2017 die „Fachstelle Opferschutz“ auf.

Neben dieser Tätigkeit engagierte sich *Dagmar Freudenberg* ehrenamtlich und gründete gemeinsam mit anderen 2007 den Verein „Wege ohne Gewalt Göttingen (WoGE) e.V.“.

Seit 1993 ist sie djb-Mitglied, 2001–2009 war sie Vorsitzende der Kommission Gewalt gegen Frauen und Kinder, 2009–2017 Kommissionsvorsitzende der Kommission Strafrecht. Hier setzte sie sich viele Jahre für den Opfer- und Gewaltschutz ein, unter anderem mit Aktionen wie „Nein-heißt-Nein“. Von 2009–2021 war sie Vorsitzende der Regionalgruppe Göttingen, danach stellvertretende Vorsitzende. Von 2016–2017 war sie Leiterin des Arbeitsstabs Internet, seit 2019 ist sie Ehrenmitglied des djb.

Prof. Dr. Konstanze Plett, LL.M.



▲ Foto: Uni Bremen

zum 75. Geburtstag. Geboren 1947 in Hamburg, absolvierte sie ihre juristische Ausbildung in Marburg, Tübingen und Hamburg (Erstes Staatsexamen 1970, Zweites Staatsexamen 1975) und machte dazwischen eine journalistische Ausbildung in Gießen. Ferner war sie als Zeitungsredakteurin in Göttingen tätig. 1978–1980 arbeitete sie an der Universität Hamburg; 1980–1982

am Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Privatrecht (Sozialwissenschaftliche Forschungsgruppe). Seit 1982 forscht und lehrt *Konstanze Plett* an der Universität Bremen – zunächst am Zentrum für Europäische Rechtspolitik (ZERP), seit 2003 am Fachbereich Rechtswissenschaft der Universität Bremen, unterbrochen von einem einjährigen Forschungsaufenthalt in den USA (University of Wisconsin-Madison) und mehreren Gastprofessuren (Universität Bremen, Humboldt-Universität zu Berlin). Sie war Gründungsmitglied des Bremer Instituts für Gender, Arbeits- und Sozialrecht (bigas). 2002–2006 war sie Sprecherin des Zentrums Gender Studies. Im Herbst 2012 trat sie formal in den Ruhestand, ist aber weiterhin wissenschaftlich tätig.

Über viele Jahre hinweg hat sie sich um die gleichberechtigte Anerkennung, Teilhabe und gesellschaftliche Akzeptanz von intergeschlechtlichen Menschen verdient gemacht. Seit den 1990er Jahren arbeitet sie zu Geschlecht und Recht, seit 2000 speziell zu Intergeschlechtlichkeit. Zu diesem Thema veröffentlichte sie zahlreiche Aufsätze und hielt viele Vorträge. Als Expertin wurde sie von Ausschüssen des Deutschen Bundestages angehört und beriet weitere Institutionen. *Plett* ist Mitautorin der Verfassungsbeschwerde und war eine der drei Verfahrensbevollmächtigten in der Sache „Dritte Option“ für den Geschlechtseintrag in staatlichen Registern. Das Bundesverfassungsgericht hat der Beschwerde im Oktober 2017 stattgegeben, im Dezember 2018 ist das entsprechende Gesetz in Kraft getreten. Intergeschlechtliche Menschen können nun im Geburtenregister und darauf basierenden offiziellen Dokumenten mit der Bezeichnung „divers“ eingetragen werden. Ihr herausragendes Engagement für die Wahrung der Menschenrechte von intergeschlechtlichen Personen wurde 2019 von Bundespräsident Dr. *Frank-Walter Steinmeier* mit der Verleihung des Bundesverdienstkreuzes gewürdigt, das ihr von der damaligen Bundesministerin für Bildung und Forschung, *Anja Karliczek* ausgehändigt wurde. *Plett* ist seit 1975 Mitglied im djb, 1993–1997 war sie Mitglied der Kommission Familienlastenausgleich und hat viele djb-Stellungnahmen zu den Themen ihrer Expertise (u.a. Abstammungsrecht) mit erarbeitet.

Dr. Valérie Suhr und Jun.-Prof. Dana Valentiner



▲ Foto: privat

zur Verleihung des Magdalene-Schoch-Promotionspreises für Dissertationen mit Genderbezug. Der Preis ist mit einem Druckkostenzuschuss in Höhe von je 3.000 EUR dotiert und wird alle zwei Jahre vergeben. Die Promotion von *Dana Valentiner* mit dem Titel „Das Grundrecht auf sexuelle Selbstbestimmung“ wurde von Prof. Dr. *Ulrike Lembke* betreut. Die Promotion von *Valérie Suhr* mit dem Titel „Rainbow

Jurisdiction at the International Criminal Court: Protection of Sexual and Gender Minorities Under the Rome Statute“ wurde von Prof. Dr. *Nora Markard* betreut.

Dr. *Valérie Suhr*, geboren 1990, studierte von 2009–2015 Rechtswissenschaft an der Universität Hamburg. Dort wurde ihr auch das Zertifikat „Genderkompetenz“ verliehen und sie absolvierte ein Auslandssemester an der niederländischen Universität Leiden. Von 2015 bis 2020 promovierte sie an der rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Hamburg, wobei sie währenddessen bereits als wissenschaftliche Mitarbeiterin bei Prof. Dr. *Nora Markard* arbeitete.

2020–2022 absolvierte sie das Rechtsreferendariat in Rheinland-Pfalz, unter anderem mit einer Wahlstation am Bundesverfassungsgericht bei Prof. Dr. *Susanne Baer*. 2020–2021 war sie außerdem wissenschaftliche Mitarbeiterin beim Institut für Recht und Digitalisierung von Prof. Dr. *Antje von Ungern-Sternberg* an der rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Trier.

Während ihrer Promotion wurde sie von der Studienstiftung des deutschen Volkes mit einem Stipendium unterstützt. Ihre Promotion stellte sie im Juni 2022 auf Einladung dem Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag vor. Forschungsaufenthalte absolvierte sie unter anderem am Lauterpacht Centre for International Law, University of Cambridge und der University of Michigan Law School. Aktuell ist sie Habilitandin bei Prof. Dr. *Alexander Proelß* an der Universität Hamburg und Stipendiatin des Magdalene-Schoch-Habitationsstipendiums.

Sie ist seit 2016 Mitglied im djb.

Dr. *Dana-Sophia Valentiner*, geboren 1989, studierte Rechtswissenschaft an der Universität Hamburg und absolvierte ebenfalls das Zertifikatsprogramm „Genderkompetenz“. Von 2014–2022 war sie als wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Helmut-Schmidt-Universität/Universität der Bundeswehr in Hamburg bei Prof. Dr. *Margarete Schuler-Harms* tätig. Das juristische Referendariat absolvierte *Dana Valentiner* von 2018–2020 am OLG Celle, u.a. mit einer Station bei Prof. Dr. *Susanne Baer* am Bundesverfassungsgericht. Während der Promotionszeit wurde sie von der Friedrich-Ebert-Stiftung mit einem Stipendium gefördert. Ihre Dissertationsschrift wurde bereits mit dem Marie-Elisabeth-Lüders-Wissenschaftspreis des djb sowie mit dem Elise-Reimarus-Preis der Akademie der Wissenschaften in Hamburg ausgezeichnet.

Seit September 2022 ist sie Juniorprofessorin für Öffentliches Recht an der Universität Rostock.

Dana Valentiner ist seit 2013 Mitglied im djb. 2013–2017 war sie Delegierte im Landesfrauenrat Hamburg. Seit 2015

ist sie Mitglied im Vorstand und seit 2019 Vorsitzende des Landesverbands Hamburg. In den Jahren 2015–2019 war sie Mitglied der Kommission Verfassungsrecht, Öffentliches Recht, Gleichstellung. 2017–2021 arbeitete sie als Mitglied im Arbeitsstab Ausbildung und Beruf mit. Zusammen mit *Selma Gather* moderiert sie seit 2020 den djb-Podcast zu feministischer Rechtspolitik „Justitias Töchter“. In der aktuellen Amtsperiode des Bundesvorstandes 2021–2023 ist sie Vizepräsidentin des djb.

Am 15. Februar 2022 haben *Susanne Bauder-Schwartz*, die Kassenführerin des Landesverbandes Thüringen, sowie *Wiebke Ludwig*, Ansprechpartnerin für die JuJus in Thüringen, der neu ernannten Präsidentin des Bundesarbeitsgerichts in Erfurt, *Inken Gallner*, im Namen des djb mit einem Blumenstrauß zu ihrem Amt gratuliert und ihr viel Erfolg bei ihrer zukünftigen Aufgabe gewünscht. *Inken Gallner* ist Mitglied im Landesverband Thüringen. (Für die Gratulation an *Inken Gallner* siehe die djbZ 2/2022.)



▲ Foto: Dietlinde Peters

Von links nach rechts: Susanne Bauder-Schwartz, Inken Gallner, Wiebke Ludwig